
4033/AB XXIV. GP

Eingelangt am 11.02.2010

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Gerhard Deimek, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. Dezember 2009 unter der Zl. 3959/J-NR/2009 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die Privatisierung der Warschauer Börse“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Prüfung der Vereinbarkeit der Handlungsweise des Schatzministers mit geltendem europäischem Recht liegt laut Unionsrecht in der Zuständigkeit der Europäischen Kommission.

Zu Frage 3:

Die Außenhandelsstelle Warschau ist seit 2006/2007 in ständigem Kontakt mit dem Management der Wiener Börse und informiert dieses regelmäßig über die neuesten Entwicklungen. Die Österreichische Botschaft Warschau stellt im Wege der Außenhandelsstelle Warschau laufend die aktuellsten Informationen zu den Privatisierungsplänen des polnischen Schatzamtes an interessierte österreichische Unternehmen zur Verfügung.

Zu Frage 4:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in den Vollzugsbereich meines Ressorts. Innerstaatlich federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ).

Zu den Fragen 5 und 6:

Die Unterstützung und Förderung österreichischer Unternehmen im Ausland stellt eine der wichtigsten Aufgaben des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten bzw. seiner Vertretungsbehörden dar. Entsprechende Interventionen auf hochrangiger Ebene finden regelmäßig statt und erfolgen grundsätzlich auf Ersuchen der betroffenen Unternehmen.